

Ursula Prutsch

Ein neuer Rechtspopulismus in den USA

Das *Tea Party Movement* und Donald Trump

I. Einleitung

„I'm a fan, I'm a big fan“,¹ begann US-Präsident Donald Trump im März 2017 seine Eloge auf Andrew Jackson, den siebten Präsidenten der USA, anlässlich seines 250. Geburtstags. Trump verwies auf Jacksons kometenhaften Aufstieg aus dem Hinterland zum Ruhm, auf die Heldentaten gegen die britischen Eindringlinge und seinen Patriotismus. Jackson war ihm der Retter Amerikas, und er, Trump, würde seinem Erbe verpflichtet sein. Deshalb ließ er auch Jacksons Porträt ins Oval Office hängen. Mit dieser symbolischen Geste stellte Trump seine Präsidentschaft als Endpunkt einer Entwicklung dar, die durch die falsche Politik eines linksliberalen Elitismus unterbrochen und durch ihn auf den rechten Weg zurückgebracht worden sei.

Mit Trumps Hilfe rückte der streitbare General, der erstmals die Vorteile des allgemeinen Männerwahlrechts nutzen konnte, wieder in den Fokus von Politik und Wissenschaft.² Jackson, der erste Präsident aus dem (Mittleren) Westen, der soziale Aufsteiger, war tatsächlich auch der erste Präsident, der gegen die Ostküsten-Elite wetterte, die für ihn fragwürdige *special interests* verfolgte, während er die *common men* (und *women*), die Farmer, Handwerker und Dienstbotinnen zum wahren Volk erkor. Sie waren ihm die Repräsentanten des *common good* und damit des nationalen Glücks.

Sieht man von Andrew Jackson ab, so gilt noch immer die linksliberal geprägte *People's Party* als Begründerin einer populistischen Politik in den USA. Im Mittleren Westen und im Süden in den 1890er Jahren entstanden, stigmatisierte sie Richard Hofstadter nach dem Zweiten Weltkrieg als reaktionäre, protofaschistische Bewegung.³ Doch die heute gängige Interpretation, der sich die Autorin anschließt, wertet die *People's Party* als moderne Kleinbauernbewegung, die durch viele lokale Netzwerke von unten staatliche Gestaltungs- und Regulierungskraft einforderte. Der Staat sollte Infrastrukturen schaffen, damit die Kleinbauern dem

¹ Zit. nach Remarks by the President on 250th Anniversary of the Birth of President Andrew Jackson (15.3.2017); www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-250th-anniversary-birth-president-andrew-jackson/ [18.2.2019].

² Vgl. Arthur M. Schlesinger, *The Age of Jackson*, Boston 1945; Robert Remini, *Andrew Jackson. The Course of American Empire, 1767–1821*, Bd. 1, Baltimore/London 1977; ders., *Andrew Jackson. The Course of American Freedom, 1822–1832*, Bd. 2, Baltimore/London 1981, und ders., *Andrew Jackson. The Course of American Democracy, 1833–1845*, Bd. 3, Baltimore/London 1984. Schlesinger und Remini schätzten Jackson als ehrlichen Freund der „gewöhnlichen Leute“. Ein kritisches Bild des Präsidenten zeichnete Jon Meacham, *American Lion. Andrew Jackson in the White House*, New York 2008.

³ Vgl. Richard Hofstadter, *The Age of Reform. From Bryan to F.D.R.*, New York 1955.

Druck der ersten Globalisierung standhalten und neben mächtigen Oligopolen bestehen konnten.

Die Populisten waren wie andere Reformbewegungen damals sozialdarwinistisch geprägt. Um die Jahrhundertwende erfolgreich, vermochten sie sich gegen die mächtigen Parteiapparate der Republikaner und Demokraten längerfristig nicht durchzusetzen, und auch im urbanen Raum nicht Fuß zu fassen. Schließlich setzte in den 1930er Jahren Franklin D. Roosevelt mit seinem New Deal einige Forderungen der Populisten um. Auch Bernie Sanders, der demokratische Sozialist, knüpft an die *People's Party* und die urbanen Progressivisten der Jahrhundertwende an, ohne sich freilich ihrer aggressiven, teils rassistischen Rhetorik zu bedienen. Doch ist er kein Populist im heutigen Sinne. Das würde auch bedeuten, Bernie Sanders auf dieselbe Stufe wie Donald Trump zu stellen, den mit den historischen und gegenwärtigen linksliberalen Bewegungen – außer ihrer Kritik an der Washingtoner Elite – wenig verbindet.⁴ Trump repräsentiert vielmehr das politisch-ideologische Amalgam des *Tea Party Movement*, seiner Trägerplattform, die sich aus unterschiedlichen Strömungen speist, aber in dieser Form ein Novum in der Geschichte der USA darstellt.

Während es im dritten Teil dieses Beitrags um die Besonderheiten des Trumpschen Populismus geht, werden im ersten und zweiten Teil zunächst das *Tea Party Movement* und seine Genese analysiert. Es gilt zu zeigen, dass der aktuelle Rechtspopulismus in den USA vielmehr das Ergebnis einer komplexen Entwicklung als die Manifestation eines Zyklus ist. Die Wurzeln des aktuellen Rechtspopulismus reichen bis in die 1960er Jahre zurück und gehen mit der sukzessiven Durchsetzung des Neoliberalismus als dominanter, globaler Wirtschaftsideologie einher.

II. Spiegelbild einer komplexen Krise: Das *Tea Party Movement*

Die Entstehung des *Tea Party Movement* ist zunächst auf zwei zentrale Ereignisse des Jahres 2008 zurückzuführen: erstens auf die globale Finanzkrise und zweitens auf die Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten. Die Krise entstand, weil Banken seit den 1990er Jahren in großem Stil günstige Hypothekarkredite an nahezu mittellose Haushalte vergeben hatten. Als die Zinsen stiegen und die Immobilienpreise fielen, wurden Millionen Hausbesitzer zahlungsunfähig.

⁴ Vgl. Charles Postel, If Trump and Sanders Are Both Populists, What Does Populist Mean?, in: *The American Historian*; tah.oah.org/february-2016/if-trump-and-sanders-are-both-populists-what-does-populist-mean/ [26.9.2018], und *The New York Times Magazine* vom 22.3.2016: „How Can Donald Trump and Bernie Sanders Both Be ‚Populist‘?“ (Michael Kazin); www.nyti.ms/1RhxZw0 [26.9.2018]. Während die Historiker Kazin und Postel davor warnen, Sanders auf dieselbe Stufe wie Trump zu stellen, stuft etwa Thea Riofrancos Sanders' Politik als populistisch ein. Sie verteidigt das Konzept eines positiven, linken Populismus, der Ungleichheit wahrnehme, während rechter Populismus sie reproduziere; vgl. Thea Riofrancos, *Democracy Without the People. Left Populism vs. Inspid Pluralism*, in: *n+1*, Issue 28 (2017); www.nplusonemag.com/issue-28/politics/democracy-without-the-people-2/ [28.3.2019].

Schon einige Wochen nach Obamas Wahlsieg am 4. November 2008 stellte der Reporter Rick Santelli vom Sender *Consumer News and Business Channel* seinen Zuschauerinnen und Zuschauern die provokante rhetorische Frage, wer von ihnen denn für die Hypotheken ihrer Nachbarn bezahlen wolle. Damit griff Santelli Obamas Ankündigung auf, den von der Immobilienkrise Betroffenen helfen zu wollen. „Präsident Obama, hören Sie zu?“, rief Santelli. „Es ist Zeit für eine neue Tea Party.“ Mit dieser Anspielung auf den Widerstand, den Bostoner Bürger 1773 der britischen Kolonialmacht entgegensetzten, indem sie kistenweise englischen Tee in den Hafen der Stadt warfen, sprach Santelli lange gehegte ethnische und soziale Vorurteile aus, die besonders in den Südstaaten fortbestehen und auf dem Höhepunkt der Finanzkrise wieder verstärkt sichtbar wurden.⁵

Denn mit Obama, so glaubte Santelli, habe die weiße Mehrheitsgesellschaft ihr politisches Mitspracherecht eingebüßt. Auch die Pläne des Präsidenten, den Opfern des Immobilienskandals zu helfen, hielt der Moderator für falsch. Für ihn waren es nicht die „hart arbeitenden“ Amerikaner, die billige Immobilien erworben hatten, sondern die Profiteure eines überzogenen Wohlfahrtsstaats. Schon im Jahr 2009 war die *Tea Party*-Bewegung auf mehrere hunderttausend Anhängerinnen und Anhänger angeschwollen. Heute wird sie etwa von 20 Millionen Menschen unterstützt und repräsentiert den rechten Flügel der Republikanischen Partei.⁶

Die Forderung nach einem Minimalstaat, nicht nach Rassismus, ist für die konservative Autorin Elizabeth Price Foley das konstitutive Element des *Tea Party Movement*,⁷ das mit Slogans wie *Taxed Enough Already* Steuerabbau verlangte. Die Wissenschaftlerinnen Arlie Russell Hochschild, Theda Skocpol und Vanessa Williamson stellten fest, dass die *Tea Party*-Anhänger zu 80 bis 90 Prozent weiß, zu 55 bis 60 Prozent männlich, meist älter als 45 Jahre und verheiratet sind. Sie gehören meist der unteren Mittelschicht an, sind Kleinunternehmer oder Angestellte, teils auch Akademiker. Sie fürchten angesichts der stagnierenden Reallöhne das Ende des *American Dream*, der nicht nur die eigenen Aufstiegshoffnungen und -möglichkeiten symbolisiert, sondern auch jene ihrer Nachkommen.

Hochschild wies das Paradox nach, dass die wohlfahrtsstaatliche Politik der Demokraten in der Logik der *Tea Party*-Anhänger den *American Dream* zerstöre. Denn deren Assistenzialismus von oben sei ein Zeichen dafür, dass der Staat den Menschen die Kraft zur Selbsthilfe und damit die Fähigkeit zum individuellen Aufstieg nicht zutraue. Eine Infrastrukturpolitik, wie sie der republikanische Präsident Dwight D. Eisenhower in den 1950er Jahren gefordert hatte, würden Republikaner heute als zu links brandmarken.

⁵ Vgl. dazu Thomas Greven, Die „Tea-Party“-Bewegung und die Krise der amerikanischen Demokratie, in: Andreas Etges/Winfried Fluck (Hrsg.), *American Dream? Eine Weltmacht in der Krise*, Frankfurt a. M. 2001, S. 137–157, hier S. 149.

⁶ Vgl. Arlie Russell Hochschild, *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*, Frankfurt a. M./New York 2017, S. 22, und Theda Skocpol/Vanessa Williamson, *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*, Oxford 2012, S. 27.

⁷ Vgl. Elizabeth Price Foley, *The Tea Party. Three Principles*, Cambridge 2012, S. 11.

Die Ablehnung all dessen, was mit Obamas Regierung verbunden wird, geht so weit, dass selbst Nichtregierungsorganisationen, die den Umweltschutz auf ihre Fahne geschrieben haben, dort Misstrauen entgegengebracht wird, wo Menschen Opfer von Umweltverschmutzungen und Klimawandel sind. Die Angst vor Steuererhöhungen und die Überzeugung, die Bundesregierung würde die Macht der Kirchen einschränken, sind weitere Gründe für das tiefe Misstrauen gegenüber Washington. Dazu kommen fehlende Bildung, die Empfänglichkeit für Verschwörungstheorien und irrationales Denken, die mit der jahrzehntelangen Vernachlässigung des öffentlichen Schulsystems einhergehen. Der Glaube, dass es den Klimawandel nicht gebe und Umweltkatastrophen eine Prüfung Gottes seien, ist unter *Tea Party*-Anhängern nicht ungewöhnlich.

Diese Haltungen verdeutlichen auch, wie sehr sich nach dem Zweiten Weltkrieg neoliberales Denken durchgesetzt hat. Gruppensolidarität hat im Neoliberalismus keinen Wert, weil Individuen in stetem Wettbewerb miteinander nach Gewinnmaximierung streben.⁸ Der Rückzug des Staats aus Wirtschaft und Gesellschaft führt zu Isolation und überlässt die verunsicherten Einzelwesen sich selbst. Diese Entsolidarisierungspolitiken fördern zum einen Wohlstandschauvinismus bei wohlhabenden Mittel- und Oberschichten, zum anderen lassen sie Rückzugsräume wie evangelikale Kirchen boomen, die längst begonnen haben, soziale und politische Aufgaben zu übernehmen.⁹ Viele Evangelikale sind *Tea Party*-Anhänger.

Barack Obama war für die Anhänger des *Tea Party Movement* das Feindbild schlechthin. Er ist Afro-Amerikaner, repräsentiert für sie die abgehobene Washingtoner Elite und den Wohlfahrtsstaat, der die Falschen bevorzuge. Dass Obama universalistisch argumentierte und Rassendiskriminierung in seinem Bemühen um Integration, immer wieder herunterspielte, wurde negiert. Obama war das Unamerikanische schlechthin. Schon im Wahlkampf 2008 machten Gerüchte die Runde, er sei Muslim und nicht in den USA geboren. Dieser sogenannten *Birther*-Bewegung gehörte auch Donald Trump an.

Die *Tea Party*-Bewegung konnte auch deshalb so rasch an Bedeutung gewinnen, weil sie von Beginn an auf wohlhabende Förderer und Politiker zählen konnte. Zu ihnen gehören die Ölmilliardäre Charles G. Koch und David H. Koch. Sie finanzieren neoliberale Thinktanks und gründen getarnte Graswurzelbewegungen, um beispielsweise Infrastrukturprojekte wie den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes zu torpedieren. Symbolfiguren der *Tea Party*-Bewegung sind Newt und Callista Gingrich, Michele Bachmann, Sarah Palin, Ron Paul und eben auch Donald Trump.

Gingrich, Ron Paul und die Koch-Brüder stehen für den libertären Flügel der *Tea Party*. Sie treten für liberalere Waffengesetze, Freihandel und zum Teil auch

⁸ Gute historische Reflexionen zum Neoliberalismus bieten Thomas Biebricher, *Neoliberalismus zur Einführung*, Hamburg 2012, und Stephan Schulmeister, *Der Weg zur Prosperität*, Salzburg/München 2018.

⁹ Die Verbindung zwischen republikanischer Politik, Großunternehmen und evangelikalen Kirchen arbeitete besonders Bethany Moreton, *To Serve God and Wal-Mart. The Making of Christian Free Enterprise*, Cambridge 2010, heraus.

für die Liberalisierung von Drogen ein. Ihnen ist Trump zu wirtschaftsnationalistisch. Sarah Palin gehört dem (fiskal-)konservativen Flügel an, der traditionelle Werte wie die Familie und die Alleinstellung der heterosexuellen Ehe verteidigt. Beide Gruppierungen eint die Verteidigung des Minimalstaats. Vergleicht man die Politik des Präsidenten Donald Trump, so konfus und beratungsresistent er auch in Erscheinung treten mag, mit den Forderungen beider Flügel der Bewegung, so werden – bis auf Trumps Wirtschaftsprotektionismus – übereinstimmende Linien deutlich.

Warum ist die *Tea Party*-Bewegung populistisch? Sie pocht auf die Wiedergewinnung individueller und nationaler Souveränität. Sie glaubt, das „Volk“ gegen die abgehobenen Eliten zum einen und die „unproduktiven“ Wohlstandsempfänger zum anderen zu verteidigen. Das „Volk“ wird in manichäischen Diskursen auch gegen Bedrohungen von außen und innen verteidigt. Die Bewegung ist anti-elitär, in dem sie „gesundes Volksempfinden“ gegen globale Wirtschaftseliten, Intellektuelle und Experten ausspielt. Sie konstituiert sich als Gegenbewegung zu einem für sie korrupten System empathieloser Bürokratien. Mit ihrem Trägermedium *Fox News*, mit Verschwörungsgerüchten und Fake News produziert die *Tea Party*-Bewegung wirkmächtige Feindbilder, die den politischen Kontrahenten, die Demokratische Partei, zum unversöhnlichen Feind hochspielt. Schließlich fand sie in Sarah Palin und Donald Trump starke Persönlichkeiten, die für ihre Anhänger Charisma haben mögen.¹⁰

III. Die Wurzeln der *Tea Party*-Bewegung

Das *Tea Party Movement* ist nicht die erste rechtspopulistische Bewegung der USA, aber die erste mit einer nationalen Dimension und bundesstaatlicher Verankerung. Sie wird von älteren rechtspopulistischen, teils rechtsextremen Gruppierungen unterstützt.¹¹ 1959 wurde die ultrakonservative *John Birch Society* gegründet. Ihre Mitglieder glaubten, kosmopolitische, geizige Bankiers und korrupte Politiker würden die Souveränität der USA an die Vereinten Nationen verraten, die wiederum eine neue Weltordnung mit sozialistischer Einheitsregierung errichten wollten. Fred Koch, der Vater von Charles und David Koch, war eines ihrer Gründungsmitglieder. 1957 hatte Willis A. Carto die *Liberty Lobby* ins Leben gerufen, die sich gegen die geheimen Mächte zu rüsten glaubte, die den Planeten Erde regieren. Sie bezeichnete sich selbst als populistisch, warb in ihren Newslettern und Publikationen für den Ku-Klux-Klan, verbreitete Auschwitz-Lügen und verteidigte die Apartheid in Südafrika.

In der vom Ausbau des Wohlfahrtsstaats geprägten Ära der Präsidentschaften von Lyndon B. Johnson und Jimmy Carter entfalteten rechtspopulistische und -extreme Strömungen noch keine nationale Wirkung, obgleich die schwarze Bür-

¹⁰ Vgl. Ursula Prutsch, *Populismus in den USA und Lateinamerika*, Hamburg 2019, S. 36–45.

¹¹ Einen guten Überblick über rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppierungen bieten Chip Berlet/Matthew N. Lyons, *Right-Wing Populism in America. Too Close for Comfort*, New York/London 2000.

gerrechtsbewegung, die Ökopolitik und der *second wave feminism* ihrem wertkonservativen und rassistischen Weltbild im Wege standen. Allerdings setzte Präsident Carter als *born again*-Evangelikaler durch sein Credo, die Politik zu moralisieren, die Konsolidierung evangelikaler Gruppen und ihr politisches Engagement in Gang.¹² Dabei spielten Fernsehprediger wie Jerry Falwell und Pat Robertson identifikationsstiftende Rollen.

Während der Präsidentschaft von Bill Clinton rückte die Demokratische Partei wirtschaftspolitisch nach rechts. So hob seine Regierung den *Glass-Steagall Act* von 1929/33 auf, der als Folge der Weltwirtschaftskrise Geschäftsbanken und hochrisikantes Investmentbanking getrennt hatte. Das brachte Clinton bei der Neuen Christlichen Rechten trotzdem keine Wertschätzung ein. Hillary Clintons Feminismus, die Unterzeichnung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA und die Verschärfung der Waffengesetze sind nur einige Gründe für die Ablehnung seiner Politik. Durch das neue Medium Internet konnten sich Anhänger militanter rechtsradikaler Splittergruppen besser und rascher vernetzen. Dass sie nicht zu unterschätzen waren, zeigte sich 1995 im Bombenattentat von Timothy McVeigh in Oklahoma City. Er war durch neonationalsozialistische Science-Fiction-Literatur der *Turner Diaries* (1978) beeinflusst, die in Waffengeschäften und im Internet vertrieben werden. In den letzten Jahren machte auch die *Alternative Right/Alt-Right* von sich reden, die sich kulturpessimistisch in die 1950er Jahre zurücksehnt und ihr rechtsradikales Ideologieamalgam geschickt durch Comics und subversive Ironie tarnt.

Wenn die *Tea Party* insgesamt nicht als rechtsextrem angesehen werden kann, so half sie doch mit, rechtsradikales Gedankengut im republikanischen Mainstream ankommen zu lassen. Zudem rückten Demokraten und Republikaner seit den 1990er Jahren nach rechts, verstanden jedoch ihr Gegenüber zunehmend als Feind denn als Gegner. Die Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager wurde durch das *Gerrymandering*-Verfahren beschleunigt, bei dem die jeweils dominierende Partei in einem Bundesstaat die Wahlkreise zu ihrem eigenen Vorteil zurechtschneiden kann, um sich Mehrheiten zu sichern. Dadurch werden ethnisch und politisch homogene Zonen geschaffen. Zieht man dazu noch die Entfaltung der Algorithmen-gesteuerten Sozialen Medien in Betracht, so haben sich in den letzten Jahren immer häufiger Plattformen selbstreferenziellen Denkens gebildet, die an konstruktiven Auseinandersetzungen nicht interessiert sind, sondern im Gegenteil auf Konfrontation aus sind.

Der Einfluss der *Tea Party*-Bewegung auf die US-amerikanische Politik zeigt sich im Polarisieren statt in Kompromissen, im Verzögern politischer Entscheidungen auf Bundes- und Einzelstaatsebene, im permanenten Verletzen sprachlicher Codes, für das Donald Trump mit seiner bewusst aggressiven Sprache Pate steht. *Tea Party*-Anhänger sahen die Bundesregierung nicht als Teil der Lösung, sondern als Problem. Dass dies sich nun durch ihr Idol Donald Trump täglich zu bestätigen scheint, ist wohl eine tragische Ironie jüngster Entwicklungen.

¹² Vgl. Stuart E. Eizenstat, *President Carter. The White House Years*, New York 2018.

IV. Donald Trump und die Regeneration „ur-amerikanischer Werte“

Der Wahlsieg von Donald Trump am 8. November 2016 sorgte weltweit für Überraschung und Irritationen. Der politische Quereinsteiger war nicht einmal ein langjähriges Mitglied der Republikanischen Partei. Er gewann, obwohl er sich von den wirtschaftsliberalen Globalisierern in der Tradition eines Ronald Reagan, von den Ultrakonservativen wie den Mormonen, von den Neokonservativen wie George W. Bush unterscheidet, und zwar aus vielerlei Gründen: Er duldet und fördert die rechtsradikale Szene, setzt auf Wirtschaftsprotektionismus und – außer bei Aktionen gegen den schiitischen Islam – auf Isolationismus. Er ist kein gläubiger Christ, pflegt einen unmoralischen Lebensstil und hält sich nicht an sprachliche Konventionen. Die Republikanische Partei erschütterte er in ihren Grundfesten. Sie unterstützte ihn bislang dennoch, weil sie die Demokraten als Feinde sieht, die es zu bekämpfen gilt – selbst wenn man eigene Prinzipien über Bord wirft. Donald Trump gewann, obwohl er dezidiert nicht aus der Mitte der Bevölkerung kommt, die er für sich einnahm.

Freilich kam ihm bei der Wahl zugute, dass die Parteientreue in den USA noch immer erstaunlich hoch ist: Mehr als 80 Prozent der Demokraten und der Republikaner wählen konsequent den Kandidaten ihrer Partei. Doch Trump gewann auch in Bundesstaaten, die traditionell demokratisch wählen: in Michigan, Ohio, Pennsylvania und Wisconsin, das heißt in der alten Industrieregion des *Rust Belt*. Er machte dort erfolgreich Wahlkampf, wo seine Herausforderin Hillary Clinton sich nicht zeigte.¹³

Der Slogan „Make America Great Again“ war das Versprechen, die Nation würde ihre Souveränität wiedergewinnen – nach innen und außen. Brendan Simms und Charlie Laderman zeigten anhand der Analyse von Trumps Reden, dass er seit 30 Jahren dieselben Botschaften wiederholt: Die Europäische Union, Japan und China übervorteilen die USA und lachen über Amerikas „Dummheit“. ¹⁴ In Anlehnung an seinen Wahlkampfleiter Steve Bannon kritisierte Trump den „Globalismus“ der Vereinten Nationen und kündigte das Klimaschutzabkommen von Paris auf. Sein politischer Isolationismus ist nicht gleichbedeutend mit dem Rückzug der USA aus ihrer Vormachtstellung, sondern in Trumps binärer Logik von Sieg und Niederlage der einzige Weg, die Führungsrolle beizubehalten.

Das alte populistische Credo der individuellen Unabhängigkeit lebt Trump vor. Im Wahlkampf punktete er mit wiederholten Beteuerungen, seine Kampagne selbst zu finanzieren und das Präsidentenamt gar nicht nötig zu haben, sondern nur in der Schuld der Amerikanerinnen und Amerikaner zu stehen. Auch die Prinzipien von Inklusion und Exklusion versteht der Präsident auszuspielen. Den

¹³ Vgl. dazu den Vortrag von D. Sunshine Hillygus, *Understanding the Trump Win. Populism, Partisanship, and Polarization in the 2016 Election*, gehalten auf der 17th Academy Conference 2017 im Amerikahaus München zum Thema „The Comeback of Populism. Transatlantic Perspectives“ (6.–8.7.2017).

¹⁴ Vgl. Brendan Simms/Charlie Laderman, *Wir hätten gewarnt sein können. Donald Trumps Sicht auf die Welt*, München 2017.

weißen Modernisierungsverlierern, die er wieder in die Nation holen will, stehen jene gegenüber, die auszugrenzen sind: Muslime, illegal ins Land gekommene Mexikaner und Zentralamerikaner, linksliberale afro-amerikanische Vereinigungen wie *Black Lives Matter* sowie Homo- und Transsexuelle. Trump sieht sich hingegen als Repräsentant der „stillen Mehrheit“. Den Begriff lieh er sich von Richard Nixon.

Auch in seiner Haltung gegenüber Experten ist Donald Trump ein Rechtspopulist. Bereits nach einem Jahr im Amt ließ er das Budget des State Departement kürzen. Die unter der Leitung des ehemaligen Außenministers John Kerry angeworbenen Länderexperten verloren ihre Jobs. Eine fachliche Expertise, die zu differenzierten Lösungen führen könnte, ist nicht mehr erwünscht. Typisch für den aktuellen Rechtspopulismus ist auch die Kultivierung des Anti-Intellektuellen, die Verurteilung des Expertentums, weil sich Trump als universaler Experte geriert und seine eklatanten Wissenslücken dank willfähriger Medien und seines Unterhaltungstalents bei jenen Gruppen zu überspielen versteht, die ihm glauben.

Donald Trump stellt auch systematisch die Presse- und Redefreiheit in Frage. Zwar üben investigative Journalisten und Zeitungen konsequent Kritik an der Regierung, doch werden interessierten US-Bürgerinnen und -Bürgern ständig Informationen vorenthalten oder entzogen. Erkenntnisse über umweltschädigende Rohstoffförderung, über Chemikalien in Monokulturen und Klimawandel werden still und heimlich von Webseiten genommen oder durch geschönte Statistiken einflussreicher Unternehmenslobbys ersetzt.

Populisten verstehen sich als Gegenbewegungen zu etablierten Ordnungen. Deshalb zerstört der Präsident konsequent das Erbe Barack Obamas, indem er Gegenpositionen einnimmt: in der Aufkündigung des Nuklear-Abkommens mit dem Iran, im Ausbau der Beziehungen zu Saudi-Arabien und anderen Diktaturen, der Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels, der Geringschätzung der NATO, der Kürzung der Entwicklungshilfe, dem Ausbau fossiler Energieträger. Trump höhlt die verpflichtende Krankenversicherung *Obamacare* aus und stärkt das elitärere Privatschulsystem im Vergleich zum öffentlichen, dem er vorwirft zu indoktrinieren.

Trump ist ein politischer Außenseiter, ein Quereinsteiger im Präsidentenamt, der erste seit General Dwight D. Eisenhower. Sein Politikverständnis und der Umgang mit seinem Kabinett heben sich deutlich von bisherigen Normen ab. Nun ist es in den USA zwar üblich, dass nicht nur die Ämter von Ministern, sondern auch die anderer hoher Funktionäre von jedem Präsidenten neu besetzt werden, weil es kein Berufsbeamtentum gibt. Trumps Gegenbewegung ist jedoch mit dem Engagement kleptokratischer Familienmitglieder und Freunde verbunden, die ihre finanzielle Macht weiter ausbauen. Er macht eine klientelistische, personalistische Politik salonfähig, die in Lateinamerika häufig zu finden ist, die in den USA jedoch lediglich in den ehemals sklavenhaltenden, hierarchisch geprägten Südstaaten auf lokaler Ebene existierte: in den 1930er Jahren durch Huey Long in Louisiana sowie in den 1960er und 1970er Jahren durch George Wallace in Alabama. Opportunistische, auf Loyalität eingeschworene Berater stützen den Präsi-

denten und gleichen seine Fehlritte aus. Politik betreibt er wie ein Geschäft, ohne Rücksicht auf diplomatische Rituale oder Verschleierungstaktiken.¹⁵

Ein Beispiel dafür, wie die populistische Gegenbewegung ihre autoritäre Weltanschauung nachhaltig verankert, ist die Bestellung von Richtern. Dabei geht es nicht nur um die Ernennung der Obersten Richter Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh. Trump machte sich rasch an die Nachbesetzung vieler freigewordener Richterämter der Berufungsgerichte. Durch seine Besetzungspolitik wird die Mehrheit der weltanschaulich liberalen Richter bald verlorengegangen sein. Auch damit erfüllt Trump einen Wunsch der christlichen Rechten. Sie sieht deshalb großzügig über seine moralischen Schwächen hinweg. „Wir haben nicht nach einem Ehemann Ausschau gehalten“, erklärte eine Trump-Anhängerin. „Wir suchten einen Body Guard.“¹⁶ Jerry Falwell Jr., der die Politik seines berühmten Vaters fortführt, betreibt eifrig die moralische Reinwaschung des Präsidenten und hält ihn für einen der „größten Visionäre unserer Zeit“. Damit überzeugt er zwar 30 Prozent der Evangelikalen nicht, doch diese haben den rechtskonservativen Vizepräsidenten Mike Pence als Garanten ihrer Weltanschauung.

Demagogie und Polarisierung, charakteristische Elemente populistischer Inszenierung, beherrscht der Präsident souverän. Mit durchaus unterhaltsamer, anschaulicher Rhetorik führt er mit seinen Zuhörern nicht nur einen Dialog, sondern schafft eine eingeschworene Gemeinschaft Gleichgesinnter. Seine Zuhörerinnen und Zuhörer fühlen sich als aktive, ernstgenommene Individuen, nicht als Masse, die belehrt oder von oben angeleitet wird, wie sie zu denken hat. Trumps Lügen sind ein wichtiger Bestandteil seiner strategischen Wahrheit. Aber er ist weder der einzige, noch der erste US-Präsident, der so handelt. Donald Trump kann als Populist nicht mehr mit einem jugendlichen Erscheinungsbild punkten. Doch der Bruch mit sprachlichen Konventionen, das provokante, permanente Spiel der Grenzüberschreitung vermitteln jugendliche Dynamik. Er repräsentiert den *rugged individualism*, den rauen Individualismus, die Kultur des Selbst, die in der Gesellschaft der USA so tief verwurzelt ist.

Trump verkörpert somit klassische Heldenfiguren der USA, deren Mythos sich längst in der Popkultur verewigte. Er ist der männliche Westernheld, der Selbstjustiz übt und außerparlamentarisch Gerechtigkeit bringt. Er ist der *Salesman Uncle Sam* und damit das Symbol des *American Way of Life*. Als Entertainer verkörpert er die Tradition der *Minstrel Shows*, als sich weiße Komödianten mit geschwärzten Gesichtern über rassistische und sexistische Witze Popularität verschafften. Als Enkel eines deutschen Einwanderers ist Donald Trump der personifizierte *American Dream*, und zwar so sehr, dass er sich Insignien der republikanischen Aristokratie aneignete, die man vor allem reichen Südstaaten-Pflanzern zu-

¹⁵ Vgl. Devin T. Stewart, Wahnsinnsmethode. Warum Trumps Außenpolitik erfolgreicher ist, als wir uns das eingestehen wollen; www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/detail/wahnsinnsmethode-3087 [16.11.2018].

¹⁶ The New York Times vom 24.4.2018: „Shrugging Off Trump Scandals, Evangelicals Look to Rescue G.O.P.“; www.nytimes.com/2018/04/24/us/politics/trump-evangelicals-midterm-elections.html [4.11.2018].

schreibt. Donald Trump tut und lässt, was er will. Und das ist die ultimative Freiheit in den Augen einer Gesellschaft, die dieser Freiheit immer huldigte.

V. Abschließende Bemerkungen

Bereits 2011 trat Donald Trump in einem Werbevideo von Callista Gingrich als Verteidiger des amerikanischen Exzeptionalismus und des Leitbilds einer *City upon a Hill* auf. Die Puritaner glaubten im 17. Jahrhundert, die beste Gesellschaftsordnung der Welt entwickelt zu haben. Die USA leiteten später daraus ihre Pflicht ab, diese Ordnung anderen Völkern überzustülpen. Donald Trump spielt zwar gerne mit Kriegsrhetorik, ist aber konfliktscheu. Dass der politische Narzisst gerne den Friedensnobelpreis verliehen bekäme, ist ein Beispiel für seinen moralischen Führungsanspruch, den er mit jenem der USA gleichsetzt. Trump bezeichnet sich selbst nicht als Populisten. Doch er repräsentiert einen autoritären Rechtspopulismus, der Ähnlichkeiten mit Rechtspopulismen in Europa und in Lateinamerika aufweist, im eigenen Land aber nicht auf eine solche – über Einzelstaaten hinausgehende – historische Tradition zurückgreifen kann. Der aktuelle Rechtspopulismus in den USA – ist wie in Europa und Lateinamerika – eine Reaktion auf neoliberale Politiken, die individuelles Wettbewerbsdenken und Selbstoptimierung verlangen, Wohlstandschauvinismus fördern und gleichzeitig ständig Modernisierungsverlierer entstehen lassen. Es sind da wie dort meist wütende Bürgerinnen und Bürger der unteren Mittelschicht, die rückwärtsgewandt die Restauration scheinbar besserer Zeiten wünschen und ihre Frustration an nicht-weißen Immigranten oder nicht-weißen Minderheiten im eigenen Land auslassen. Zudem verhehlt Trump seine Wertschätzung für autoritäre Führungspersönlichkeiten europäischer Rechtspopulismen nicht. Dass der US-Präsident für Brasilien unter Jair Bolsonaro eine innen- und außenpolitische Leitfunktion hat, ist deutlich. Da die USA noch immer über starke demokratische Korrektive wie kritische Medien verfügen, da die USA nie eine Diktatur waren, könnten die Schäden, die der aktuelle Rechtspopulismus hervorruft, besser behoben werden als in Staaten mit einem schwachen Bürgertum, sehr starken klientelistischen und korrupten Strukturen und langer Diktaturerfahrung.